

POSITIONSPAPIER

SOZIALES

UNSERE HALTUNG

Wir lieben Freiheit und Eigenverantwortung. Jede Person soll das Recht haben so zu leben wie er oder sie es will. Eigenverantwortung heißt jedoch nicht Eigensinn und Egoismus. Der soziale Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinschaft - das Sozialkapital - ist ein hohes Gut, das es zu stärken gilt. Im Gefüge einer Großstadt brauchen wir neben politischen Rahmenbedingungen, wie z. B. der Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, zivilgesellschaftliches Engagement des Einzelnen, um ein gutes Zusammenleben verschiedener Gruppierungen zu ermöglichen. Wenn Menschen zueinander in Beziehung treten, hat dies sowohl positive Auswirkungen auf die individuelle Lebensqualität als auch auf die Stabilität einer Gesellschaft und deren Umgang mit Minderheiten und sozial Schwachen.

DIE HERAUSFORDERUNG

Die hohe Arbeitslosigkeit

Die veränderte Wirtschaftssituation stellt den Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen. Vielfach ist die „Arbeitsmarktfitness“ aufgrund mangelnder Ausbildung und des zunehmenden Leistungsdrucks nicht mehr gegeben.

Das führt dazu, dass Menschen aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt werden. So entsteht in manchen Wiener Regionen aufgrund fehlender ernsthafter Wiedereingliederungsmaßnahmen und Anreizsysteme gesellschaftliches Konfliktpotential.

Mangel an öffentlichem Raum in Wien

Der öffentliche und halböffentliche Raum (Einkaufszentren, Bahnhöfe, Stadien usw.) einer Stadt spiegelt das gelungene oder weniger gelungene Miteinander seiner Bewohner_innen im Sozialraum Wien wieder. Er bietet viele Anknüpfungspunkte für Konflikte, von unterschiedlichen Interessen der Generationen bis hin zu Fragen der Integration und Partizipation. Diese Interessen treffen, ergänzen, durchkreuzen einander im öffentlichen Raum, wodurch unterschiedliche Werthaltungen und Toleranzgrenzen rasch sichtbar werden. Halböffentliche Räume nehmen mittels schleichender Gentrifizierung (Wechsel von einer niederen Einkommenschicht zu einer höheren aufgrund steigender Mietpreise) quantitativ stark zu und werden zudem einem Konsumdruck unterworfen.

So werden Bahnhöfe zu Shopping Malls umfunktioniert, so dass der eigentliche Nutzungszweck zur Nebensache wird. Damit einher geht ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis der Geschäftsleute und der Kund_innen. Daraus ergeben sich wiederum, beabsichtigt oder nicht, Ausschließungsstrategien gegenüber als störend empfundenen und auch wenig zahlungskräftigen Personengruppen.

Jede_r für sich, statt alle zusammen

In Wien ist das Zusammengehörigkeitsgefühl und Verständnis zwischen den Bewohner_innen vergleichsweise gering ausgeprägt. Gemeinsame Aktivitäten oder regelmäßiger Austausch finden in der Nachbarschaft oder im Grätzl kaum statt. Auch Initiativen der Gebietsbetreuung oder Wohnpartner haben hier nur wenig nachhaltig bewegen können. Viele Straßenzüge leiden unter zunehmendem Leerstand von EG-Zonen oder der Ausuferung von Glücksspiel-/Wett-Lokalen, die das Lebensgefühl und das Sicherheitsempfinden negativ beeinflussen. Konsumfreier (halb-)öffentlicher Raum ist in Wien Mangelware; v.a. Kinder und Jugendliche finden immer weniger Bewegungsraum vor, so sind z. B. Grünzonen oftmals abgesperrt oder nur einer bestimmten Gruppe zugänglich.

Soziale Betreuung/Regionalzentren

Trotz Bemühungen der Stadtregierung und im Zeitalter des Internets erhalten Bürger_innen wenig unmittelbare und unbürokratische Hilfe, Beratung und Unterstützung vor Ort. Durch eine Zersplitterung der Zuständigkeiten und Kompetenzen werden Bürger_innen im Kreis geschickt. Eine verbesserte Zusammenführung der Unterstützungssysteme, ist dringend erforderlich. Für jede benachteiligte Gruppe eine eigene spezialisierte Infrastruktur aufzubauen ist in hohem Maße ineffizient.

UNSERE VISION

Durch unser Maßnahmenpaket wird öffentlicher und halböffentlicher Raum durch die Wiener Bürger_innen zentral genützt und belebt. Die offenen Fragen wie der Raum genutzt wird, welche Anspruchsgruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen beteiligt sind, wie sich für alle ein zufriedenstellendes Nebeneinander herstellen lässt und wie ausgegrenzte Personen vermehrt eingebunden werden können, sind zufriedenstellend gelöst.

Der Eigenverantwortung fördernde Sozialstaat

NEOS bekennt sich zu einem Eigenverantwortung fördernden Sozialstaat. Das Sozialsystem soll dazu dienen Menschen in Notlagen zu unterstützen und sie aus diesen Situationen wieder in die Lage zu bringen, selbstverantwortlich für sich sorgen zu können. Das Sozialsystem soll nicht dazu dienen Abhängigkeitsverhältnisse zu fördern, sondern Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit zu stärken. Das bestehende System erfüllt diese Anforderungen nicht. Als Lösung schlägt NEOS eine schrittweise Weiterentwicklung der Mindestsicherung samt bestehender Beihilfen hin zu einem Unterstützungssystem vor, das eigenverantwortliches Handeln belohnt und stärkt (Bürger_innengeld).

Stärkung des Zusammenhalts durch lebendige Grätzel-Kultur

Das Leben in Wien findet im Stadtteil statt - die Menschen identifizieren sich mit ihrem Grätzel. Der Wunsch, das eigene Viertel aktiv mitzugestalten, wächst. Wien ist das, was die Leute daraus machen; dieses Bewusstsein stärken wir durch unterschiedliche Projekte und Einrichtungen der Stadt. So starten Bürger_innen gemeinsame, generationenübergreifende Initiativen, Reparaturcafés, Nahrungsmittelkooperativen (food cops), Wissensbörsen (crowd-sourcing Projekte) und nutzen die Kompetenzen und Ressourcen des/der Einzelnen zum Wohle vieler. Immer mehr Begegnungszonen entstehen durch die Belebung leerstehender EG-Zonen durch Kreative und Kulturschaffende.

Grätzel-Feste und Social Street Initiativen stärken das Wir-Gefühl und das Sozialkapital der Menschen im Grätzel. Bürger_innen sind sich der Verantwortung gegenüber ihren Mitbürger_innen bewusst und werden Teil eines pulsierenden Stadtgefüges zugunsten des Gemeinwohls. Grätzel-Pat_innen vermitteln als lokale Ansprechpartner zwischen den unterschiedlichen Behörden zur Umsetzung von Projekten und der Einbeziehung von Bürgerinitiativen.

Ehrenamt und Freiwilligkeit fördern

Durch mehr ehrenamtliches Engagement gewinnt Wien an Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den verschiedensten Bereichen – von sozialen Projekten über Integration bis hin zum Umweltschutz – setzen sich die Wiener_innen für das Gemeinwohl ein. Um dieses Engagement stärker zu würdigen, fordern wir eine Ehrenamtskarte nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, die Ermäßigungen bei städtischen Einrichtungen (wie Theater oder Museum) vorsieht. Ehrenamtliche Arbeit muss außerdem von Politik und Verwaltung durch Weiterbildung, Informationsbörsen und Anerkennung unterstützt werden.

Regionalzentren

Flächendeckende Regionalzentren bieten den Bürger_innen im Grätzel ausreichende Unterstützung in Fragen des Zusammenlebens; wie beispielsweise die Entgegennahme von Meldungen über Verunreinigungen und Schäden im Stadtgebiet, Hilfestellung bei den Herausforderungen des täglichen Lebens, Beratung zu sicherem Wohnen, Informationen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls, zu gewaltfreier Konfliktlösung und Verbesserung der gegenseitigen Akzeptanz unterschiedlicher Milieus und Gruppierungen.

Einbindung von sozial Schwachen

Drogensüchtige, Alkoholranke, Wohnungslose, Bettler_innen, Sexarbeiter_innen erhalten die spezifische Unterstützung, die sie brauchen. Es wird das Augenmerk auf Entkriminalisierung und Verhinderung von Folgevergehen (Diebstahl für Drogenbeschaffung) gelegt. Die dafür notwendige Zusammenarbeit zwischen der mobilen sozialen Arbeit, weiterer Fachkräfte (z. B. Jugend-, Parkbetreuung, Wohnpartner) mit der zuständigen Polizeidienststelle, sowie des Bundeskriminalamts und der Stadtplanung funktioniert einwandfrei.

Statt menschenunwürdiger Ausgrenzung werden sinnvolle Hilfsprojekte zur Reintegration Betroffener bzw. zur gesundheits- und selbständigkeitserhaltenden Unterstützung angeboten.

LEITLINIEN UND MASSNAMEN

Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Partizipation und Zivilcourage

- Bereitstellung von Unterstützungssystemen um Bürger_innenbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken (Freiwilligenkarte, Grätzel-Pat_innen)
- Raumgestaltung („space shaping“): Entwicklung eines Methodenkoffers zur Gestaltung des öffentlichen Raums für lokale Initiativen, um Grätzel aufzuwerten und das Zusammenleben zu verbessern

- Einbeziehung der Nutzer_innen des jeweiligen öffentlichen Raums sowohl bei der Planung als auch der konkreten Umsetzung von gemeinsamen Projekten
- Bewusstsein stärken, Verantwortung bei der Gestaltung und Bespielung des öffentlichen Raums wahrnehmen
- Frühzeitige Einbindung der Bürger_innen in die Stadtplanung und direkte Einbindung künstlerischer Initiativen zur (Wieder-)Belebung von Grätzeln
- Zwischennutzung leerstehender Erdgeschosszonen durch Start-ups, Künstler_innen, soziale Initiativen
- Förderung der Grätzekultur zur sozialen Vernetzung des/der Einzelnen und für eine attraktivere Lebensraumgestaltung

Bürger_innengeld statt Abhängigkeitsverhältnisse

Die bereits bestehenden Sozialleistungen werden zum Bürger_innengeld zusammengefasst und der Zugang sowie die Verwaltung vereinfacht.

DIE ZIELSETZUNG

Leistungsfreundlich

- Soziale Grundsicherung für alle Bedürftigen
- Einschleifregelung beim Zuverdienst, dadurch verbesserter Anreiz (Teilzeit-) Arbeit anzunehmen
- Social Entrepreneurs/Start-ups: Absicherung bei der Entwicklung kreativer Potentiale und bei unregelmäßigem Einkommen

Einfach und Treffsicher

- Klare Nachvollziehbarkeit für jede_n, durch vereinfachten Überblick zu den Sozialleistungen
- Schlanke Verwaltung: es gibt nur eine auszahlende Stelle
- Weder Gießkannenprinzip noch Transfer-Wirrwarr

Sicherheitsaspekte berücksichtigen

- Informationsveranstaltungen und Beratung der Bürger_innen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls, zu gewaltfreier Konfliktlösung und Verbesserung der gegenseitigen Akzeptanz unterschiedlicher Milieus
- Zusammenarbeit der Bürger_innen mit der Polizeidienststelle vor Ort bezüglich Sicherheitsaspekten an den sogenannten „Hotspots“

- Kritischer Zugang zu Videoüberwachung: Herstellung eines Gleichgewichts zwischen dem zunehmenden Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und dem Schutz der Privatsphäre unter Einhaltung der Grundrechte; in einem offenen Dialog werden auch alternative Lösungen diskutiert (vgl. European Forum for Urban Security)
- Stärkung der Rolle der Polizei als handelnde Menschenrechtsorganisation, die hinsichtlich der sozialen Aspekte des Zusammenlebens eine Politik der Toleranz, der Integration und der Inklusion verfolgt
- Sicherheit bleibt eine öffentliche Aufgabe - kein Einsatz privater Sicherheitsfirmen im öffentlichen Raum
- Einhaltung des Polizei-Stellenplans und Aufstockung des Personals

Bürgernahe regionale Unterstützung nach dem One-Stop-Prinzip

Die bestehenden Sozialeinrichtungen (z. B. Sozialzentren, Pflege- und Betreuungszentren, Nachbarschaftszentren) werden zu Regionalzentren umgewandelt und übernehmen eine Schnittstellenfunktion in der Zusammenarbeit mit den in der Region verankerten Initiativen, Schulen, Gesundheits- und karitativen Einrichtungen. Die Etablierung von Regionalzentren soll gemäß einer gleichmäßigen Aufteilung Wiens in Regionen von je 60.000 Menschen erfolgen:

- Bürger_innen erhalten die Hilfe, Beratung und Unterstützung, die sie benötigen und werden nicht mehr im Kreis geschickt.
- Verbesserte Zusammenführung der Unterstützungssysteme, damit nicht für jede benachteiligte Gruppe eine eigene Infrastruktur aufgebaut werden muss.
- Implementierung von Sozialraumbudgets durch die Zusammenführung unterschiedlicher Finanzierungstöpfе zu einem Budget für die Region. Ziel ist eine zeitnahe und bürokratiearme Bereitstellung der Unterstützung zur Stärkung der eigenen Kompetenzen (Hilfe zur Selbsthilfe).

Sozialkompetenz stärken

- Schulungen des Personals von öffentlichen Einrichtungen (wie Schulen, Wiener Linien, ÖBB, AMS etc.) zur Förderung der Kompetenz im Umgang mit sozial benachteiligten Menschen (wie Alkoholkranken, Wohnungslosen usw.)
- Ausbau der mobilen Sozialarbeit um bereits ausgegrenzte soziale Gruppen wieder vermehrt einzubeziehen
- Die Schule leistet einen wesentlichen Beitrag bei der Bearbeitung sozialer Problemlagen von Schüler_innen und Erziehungsberechtigten (mittels unterstützendem Personal wie Sozialarbeiter_innen und Psycholog_innen)

Illegale Suchtmittel

- 4 Säulen der Suchthilfe: Prävention, Therapie, Überlebenshilfe, Repression

- Vermehrte verdeckte Ermittlungen durch die Einsatztruppe zur Bekämpfung von Straßenkriminalität (EGS)
- Suchtkranke: Behandlung, Versorgung und Betreuung aus einer Hand
- Dezentralisierung durch Aufteilung der Suchtkranken auf die acht bestehenden sozialpsychiatrischen Versorgungsregionen Wiens
- Mehr Straßensozialarbeit zur Unterstützung der Anrainer_innen um berechnete Ängste bearbeiten zu können und gängige Vorurteile zu hinterfragen
- Suchtprävention bei Jugendlichen: Erweiterung der Selbsthilfeangebote im schulischen und außerschulischen Bereich und der peer to peer Angebote (Betroffene berichten über ihre eigenen Erfahrungen)
- Vermehrte Aufklärung zur Risikoabschätzung bei „research chemicals“ (unerforschte chemische Substanzen mit psychoaktiver Wirkung)
- Kompetenztraining in Schulen zu lebenspraktischen Fähigkeiten und Abgrenzungsstrategien (z.B. Nein sagen lernen, Umgang mit Gruppendynamiken- und Gruppenzwängen etablieren)

Sexarbeiter_innen

- Zuerkennung von Erlaubniszonen mit klarer örtlicher Begrenzung und ausreichender Infrastruktur unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten
- Ausbau der aufsuchenden Beratungsangebote zur Gewaltprävention und Erarbeitung von Ausstiegsszenarien
- Unterstützung bei der Ausverhandlung der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit
- Freie Arztwahl - anstelle der wöchentlichen Zwangsuntersuchung am STD Ambulatorium (Ambulatorium für sexuell übertragbare Krankheiten)

Bettler_innen

- Herkunftssprachliche Rückkehrberatung und Bereitstellung von menschenwürdigen zwischenzeitlichen Unterkünften statt Massenquartiere
- Aufklärung und rechtliche Information bezüglich des Bettelns und der Strafbestimmungen bezüglich des Bettelns mit Kindern
- Vermehrte Kontrollen bei professionellen Bettler_innen, vorgetäuschten Körperbehinderungen, Mitnahme fremder Kinder, Umgehung der Schulpflicht bei (mit)bettelnden Kindern/Jugendlichen
- Bereitstellung von herkunftssprachlicher Beratung und polizeilichen Schutzmaßnahmen für Opfer von Menschenhandel. Grundsätzlich sind gesamteuropäische Anstrengungen erforderlich um die Armut in Osteuropa, aus dem der Großteil der Bettler_innen stammt, zu verringern
- Sensibilisierung der Bürger_innen über die Hintergründe des Bettelns (geringe Sozialleistungen und hohe Armut im Herkunftsland)

Wohnungslose

- breite Umsetzung des Housing-First-Ansatzes durch das Anbieten von günstigem Wohnraum, um im Leben Fuß fassen zu können. Die Mieter_innen erhalten dabei einen Mietvertrag und individuelle Hilfe zur Selbsthilfe. Mehr Zusammenarbeit mit externen, sozialen und medizinischen Diensten sowie Kooperation mit Hausverwaltungen und Wohnungseigentümer_innen ist dabei anzustreben.
- Unterbrechung des „Teufelskreises“: ohne Adresse ist keine Arbeitsanmeldung möglich und ohne Arbeitsnachweis keine Wohnung
- Verbesserte Unterbringung in Notzeiten (Winter, Flüchtlingswellen, usw.)